

den Löhnen im Ausland zu stehen kämen. Weiter fehlte es nicht an scharfer Kritik an den Maßnahmen, die bisher zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft getroffen worden sind. Es müßte jedoch auch anerkannt werden, daß das heutige Geld zum überwiegenden Teile auf Urfrachten beruht, die jenseits des Einflusses der Gewerkschaften stehen. Verschiedene Redner haben die Notwendigkeit hervor, daß noch weitere Volkswirtschaftler herangezogen werden müßten, um dem Bundesvorstand, bei der Beurteilung der Wirtschaftslage zur Seite zu stehen. Einige Vertreter der Landesorganisationen hoben unter anderem hervor, daß es dem von den Kommunisten geforderten Reichsbetriebsrätekongress gar nicht möglich sei, die Aufgaben zu erfüllen, die er nach den Angaben der kommunistischen Presse erfüllen soll. Auch wußten sie Mitteilungen zu machen, wie stellenweise die Forderung nach einem solchen Kongress zustande kam.

Wie Grashmann in seinem Schlußwort hervorheben konnte, machte sich im Ausschuss eine grundsätzliche gegenwärtige Stimmung gegen die Politik des Bundesvorstandes nicht geltend. Er betonte nochmals die Bereitwilligkeit des Bundesvorstandes, alle Vorschläge zu prüfen und, soweit die Möglichkeit der Durchführung besteht, sie zur Ausführung zu bringen. Der Glaube der Massen an die Macht der Gewerkschaften müsse wieder auf ein natürliches Maß zurückgeschraubt werden. Mit Leuten, denen es gar nicht daran liegt, dem Proletariat zu helfen, sondern nur politische Ziele zu verfolgen, sei jedoch eine Auseinandersetzung unmöglich. Was könne ein kommunistischer Betriebsrätekongress tun? Resolutionen fassen, Kommissionen wählen, Forderungen aufstellen und den Gewerkschaften den Speisepfeffer zur Verfügung übergeben. Mit geradezu unehelicher Politik würden die Gewerkschaften auch den Massen gegenüber bestehen können und vor allen Dingen, wenn sie der Arbeiterchaft die Frage vorhalten: Wie sähe es denn aus, wenn die Gewerkschaften nicht vorhanden wären?

Vorstehender Leispart konnte feststellen, daß der Ausschuss keine Einwendungen gegen die Stellung des Bundesvorstandes zum Stinnes-Abkommen und zu den Vorforderungen erhoben habe, die deutsche Sprache beim Internationalen Arbeitsamt als Amtssprache einzuführen und daß, wenn dies wiederum abgelehnt werde, zu erklären sei, daß durch diese Ablehnung das Interesse des ADGW an den Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes stark herabgemindert werde. In betreff der Gewerkschaftlichen Beamtenzentrale hätten die beteiligten Verbände sich verständigt, unter gewissen Voraussetzungen, die an ein beratungsmäßiges Zusammenarbeiten zu knüpfen seien, sich dem neuen Beamtenbunde mit ihren Beamtengliedern anzuschließen. In der Frage des Brotpreises stellte sich eine große Mehrheit des Bundesauschusses auf den Standpunkt, daß es nicht zu empfehlen sei, daß das Reich wieder Rückschüsse leistet, um den Brotpreis niedriger zu halten. Es sei von den Arbeitgebern zu fordern, daß sie die Lohnerhöhungen tragen, die erforderlich sind, um den vollen Preis des Brotes zahlen zu können, um so mehr, da die organisierten Arbeiter des Auslandes es ebenfalls nicht billigen, daß es den deutschen Unternehmern durch die Zuschusswirtschaft ermöglicht werde, die Löhne niedriger zu halten als sie eigentlich sein müßten.

Die vom Bundesvorstand vorgelegte und von uns schon veröffentlichte Entschließung über das Lebergeschichtenwesen im Bergbau, zur wirtschaftlichen Lage, gegen die kommunistischen Gewerkschaftserstörer und zur Lage im Baugewerbe fordert einstimmige Annahme.

Ein Antrag des Bundesvorstandes auf Erhöhung des Bundesbeitrags führte zu dem Beschluß, den Beitrag für jedes Gewerkschaftsmitglied auf vierteljährlich 2 M zu erhöhen. Um weitere Mittel für das Haus des ADGW zu beschaffen, wurde beschlossen, von den Verbänden einen Beitrag von 3 M für jedes Mitglied zu erheben. Ferner sollen noch Darlehnscheine ausgegeben werden, die von denjenigen Gewerkschaften übernommen werden können, die Gelder dazu zur Verfügung haben und die zu verzinsen sind.

Sodann beschäftigte sich der Ausschuss mit dem Internationalen Weltfriedenskongress, der vom 10. bis zum 15. Dezember im Haag stattfinden soll. Schon der letzte Gewerkschaftskongress hatte beschlossen, daß dieser Kongress zu beschiden sei. Der Ausschuss empfahl den Verbänden, diesen Kongress möglichst zahlreich zu beschiden.

Zu einer ausgeführten Aussprache kam es bei der endgültigen Beschlußfassung über die Regeln für die Führung von Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks in gemischten Betrieben, die der Gewerkschaftskongress dem Bundesauschuss übertragen hatte. Ganz besonders wurde die Stellung zur Technischen Nothilfe erörtert. Die dem Kongress vorgelegte Fassung erfuhr im zweiten Abschnitt § 11 eine kleine Ergänzung und wurde in dieser Form gegen 7 Stimmen angenommen.

Zu einer langen Aussprache kam es ferner bei dem Tagesordnungspunkt: Ausführung der Kongressbeschlüsse über die Organisationsfrage. Es wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die Vorschläge zur Zusammenfassung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden machen soll. Die Kommission setzt sich aus je einem Vertreter folgender Verbände zusammen: Transportarbeiter, Metallarbeiter, Bauarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bergarbeiter, Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Schuhmacher, Textilarbeiter, Maschinenisten und Geiger, Holzarbeiter, Zimmerer, Bäckerarbeiter, Buchbinder, Eisenbahner, Fabrikarbeiter, Steinseher. Außerdem soll ein Vertreter des Bundesvorstandes der Kommission angehören. Ferner soll es dem Afa-Bund freigestellt werden, eine Vertretung zu entsenden.

Mit Ergebnis der Aussprache über diesen Punkt konnte Leispart feststellen, daß vollkommene Einstimmigkeit darüber herrscht, daß der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses den Vorstand und Ausschuss beauftragt, eine Vorlage über einen organischen Aufbau der Industrieverbände ausgearbeitet, daß diese Vorlage den beteiligten Verbänden zur Beratung zu unterbreiten ist und daß, wenn die Beratung unter den Verbänden über diese Vorlage nicht zu einer Verständigung führt, alsdann darüber auf dem nächsten Kongress Bericht zu erstatten ist, daß also

Wahlpflicht der Gewerkschafter!

Am 5. November finden die sächsischen Landtagswahlen statt. Der Ausgang dieses Wahlkampfes ist für die sozialistische Arbeiterbewegung von besonderer Bedeutung. Die letzten Kräfte müssen eingesetzt werden, um den Sieg an unsere Fahnen zu ketten. Daher darf auch kein Kollege in Sachsen bei den notwendigen Wahlarbeiten zurückstehen. Auch unsere jugendlichen Kräfte dürfen dabei nicht fehlen. Wenn sie auch noch nicht wählen können, aber durch ihre freudige und begeisterte Mithilfe bei der Verbreitung von Flugblättern, Stimzetteln und sonstigen Arbeiten können sie der sozialistischen Sache sehr dienen.

Parole sei: Alle Mann in Sachsen heraus zur Beteiligung am Landtagswahlkampf!



frühestens der nächste Kongress eine endgültige Entscheidung herbeiführen kann, die dann als Kongressbeschluß für die Gesamtheit der dem Bunde angeschlossenen Verbände gelten würde. Bis zu einer Aenderung gelten selbstverständlich die jetzigen Bundesstatuten. Bis zum nächsten Kongress, der natürlich die Satzung abändern kann, stellen die jetzigen Satzungen das geltende Gewerkschaftsrecht dar, das selbstverständlich von jedem angeschlossenen Verband zu respektieren ist. Aber es darf auch nicht die Auffassung vertreten werden, als wenn nun bis zum Zustandekommen eines neuen Beschlusses die Entwicklung überhaupt nicht fortschreiten dürfte. Die Entwicklung soll nicht zwangsweise aufgehalten werden. Freiwillige Verschmelzungen von Verbänden miteinander sollen keineswegs verboten sein, sondern sie sind wünschenswert. In den Satzungen steht ausdrücklich: Der Bund steht auf dem Standpunkt, daß die gewerkschaftliche Entwicklung sich in der Richtung des Zusammenschlusses zu großen leistungsfähigen Verbänden vollziehen muß — nicht nur vollziehen kann — und der Bund will die Zusammenschließung der Gewerkschaften unterstützen. Also die Entwicklung darf auch nicht aufgehalten werden. Freiwillige Verständigungen können, auch ehe die Kommission zu positiven Vorschlägen kommt und ehe der Kongress endgültig beschließt, durchaus vorgenommen werden. Im übrigen gilt auch die Vorschrift der Bundesstatuten weiter, daß jede Gewerkschaft Aufnahme-gesuche für die sie nicht zuständig ist, an die zuständige Gewerkschaft zu verweisen hat, daß, wenn in einem Industrie-, Gemeinde-, Staats- oder Genossenschaftsbetrieb Angehörige verschiedener Verufe beschäftigt sind, für die mehrere dem Bunde angeschlossene Gewerkschaften bestehen, jede Gewerkschaft nur die Arbeiter und Arbeiterinnen als Mitglieder aufnehmen darf, die dem Verufe nach zu ihr gehören.

Zum Punkt „Verschiedenes“ lag eine Beschwerde des Dachdeckerverbandes vor, weil er durch einen Buchdruckerstreik in Frankfurt a. M. geschädigt und in seiner Tätigkeit gehemmt worden sei. Nach kurzer Aussprache kam der Bundesauschuss zu folgender Stellungnahme:

„Der Kampf der Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer Lage darf nicht die Arbeiterbewegung selbst gefährden, wie es geschieht, wenn trotz Bewilligung der Forderungen die Herstellung der Arbeiterzeitungen und der gewerkschaftlichen Druckereien, die Fertigung von dringenden Bauarbeiten oder Reparaturen in Gewerkschaftshäusern usw. verweigert wird. Eine derartige Streikaktik nützt den Streikenden nichts, sie schädigt aber die Bewegung im ganzen und sollte deshalb künftighin unbedingt vermieden werden.“

Sozialpolitisches.

Reichsindexziffer für September 1922. Infolge der auffallend starken Preissteigerung aller Lebensmittelpreise ist die vom Statistischen Reichsamt festgestellte Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung) im Durchschnitt des Monats September auf 11 376 gegenüber 7029 im August gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt sonach 61,8%. Die Indexziffer für Ernährungsausgaben im September ist auf 15 417 berechnet worden, die Steigerung gegenüber August auf 58,2%. Eine bedeutend stärkere Verteuerung ist für Bekleidungs- und Wohnungsausgaben festgestellt worden, die vom Statistischen Reichsamt jetzt ebenfalls regelmäßig erhoben werden. Die Indexziffer für Bekleidungs- und Wohnungsausgaben beträgt für September 26 000 gegenüber 12 571 im Vormonat, die Steigerung mithin 106,8%. Unter Einfluß der Aufwendungen für Bekleidung berechnet sich die Reichsindexziffer für September auf 13 319. Die Steigerung gegenüber der Augustzahl von 7765 beträgt demnach 71,5%.

Mit andern Worten, gegenüber dem Stand vom August haben sich die Kosten für die Lebenshaltung beinahe verdoppelt. Der Arbeiter benötigt doppelte Einkünfte, um im September nur so kärglich leben zu können, wie ihm das im Monat August vergönnt gewesen ist. Niemand wird behaupten wollen, daß die Einkünfte der arbeitenden Bevölkerung auch nur annähernd im gleichen Verhältnis gewachsen sind. Nach dem gegenwärtigen Stand des Dollar haben wir mit einem Entwertungsfaktor der Mark von etwa 500 zu rechnen. Wenn nun auch nicht alle Preise dem Weltmarktniveau angepaßt sind und demzufolge dem Stande des Dollar entsprechen, so ist andererseits doch festzustellen, daß ein großer Teil von Produkten eine Steigerung von weit über das 500fache erfahren haben. Die gegenwärtigen Löhne der Arbeiter und Beamten stehen in keinerlei Verhältnis zu dem fortwährenden Steigen der Preise. Sollten die Löhne dem Entwertungsfaktor der Mark angepaßt werden, dann müßte ein Arbeiter, der in Friedenszeiten einen Wochenlohn von 30 M verdiente, einen Wochenlohn von 15 000 M erhalten. Niemand wird behaupten wollen, daß auch nur kleine Schichten der arbeitenden Bevölkerung, die intellektuellen eingeschlossen, derartige Einkünfte erzielen.

Dabei steigen die Preise von Tag zu Tag, die Eisenbahntarife werden bis zum Ende des Jahres um das Mehrfache erhöht, eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise ist bereits angekündigt. In Hamburg kostet ein markenfrees Brot 125 M und in wahnwitzigem Laumel bewegen sich die Preise für alle übrigen Produkte nach oben. Nur die Löhne und Gehälter kriechen mühsam hinterher.

Angesichts dieser Verschärfung unserer ganzen wirtschaftlichen Lage, angesichts des ungeheuren Anwachsens der Preise, angesichts des Hungerlohndcharakters der Einkünfte des Arbeiters ist es unverantwortlich von der Reichsregierung, in diesem Augenblick das Standardlebensmittel der besitzlosen Klasse, das Brot, erneut um das Mehrfache verteuern zu wollen. In den letzten Tagen hat eine gewaltige Panne auf dem Getreidemarkt eingesetzt. Während noch vor wenigen Wochen märkischer Weizen auf der Produkthörse zu Berlin für 2000 M pro Zentner gekauft werden konnte, hatte er am 5. Oktober bereits den Preis von 4 200 bis 4 325 M erreicht. Die Agrarier machen im Freihandel Riesengewinne und fordern nunmehr, daß die wenigen Millionen Tonnen, die zur Erhaltung des Existenzminimums der besitzlosen Klasse bestimmt waren, weiterhin verteuert werden.

Die Bewegung der Großhandelspreise stand im September 1922 noch unter der Auswirkung des außerordentlichen Marksturzes im August, dem wichtige Warengruppen, vor allem inländischer Erzeugung, wie Kohle, Eisen, Fleisch, im Berichtsmonat durch weitere Preissteigerungen gefolgt sind. Das deutsche Preisniveau hat sich daher nach der Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts nach beträchtlich, und zwar von dem 179,9fachen im Durchschnitt des Monats August auf das 274,2fache, oder um 52,5% im Durchschnitt des Monats September gehoben. Dieser Bewegung entspricht die Steigerung der Einfuhrwaren von dem 324,9fachen auf das 431,1fache oder um 32,7%, während das Preisniveau der vorwiegend im Inlande erzeugten Waren von dem 160,8fachen auf das 242,8fache oder um 51% empor-schnellte.

- Im einzelnen stiegen Getreide und Kartoffeln von dem 161,7fachen auf das 215fache;
- Fette, Zucker, Fleisch und Fische von dem 150,2fachen auf das 261,6fache;
- Kolonialwaren von dem 333,4fachen auf das 411,6fache;
- Lebensmittel zusammen von dem 173,1fachen auf das 239,5fache;
- ferner Häute und Leder von dem 395,4fachen auf das 416fache;
- Textilien von dem 352,1fachen auf das 523,9fache;
- Metalle von dem 256,7fachen auf das 332,1fache;
- Kohle und Eisen von dem 123,6fachen auf das 286,2fache;
- Industriestoffe zusammen von dem 192,5fachen auf das 339,2fache.

Diese Zahlen sind durchweg Durchschnittszahlen für den ganzen Monat und durch die tatsächliche Entwicklung bereits am Anfang Oktober überholt gewesen. Zu diesem Tage stellen sich nach den Berechnungen der „Frankfurter Zeitung“ die Preise von 98 Waren des Großhandels auf das 441fache des Vorkriegsniveaus, und inzwischen sind mit der neuerlichen katastrophalen Entwertung der Mark die Preise sprunghaft weiter im Steigen.

Da die Großhandelspreise sich erst allmählich im Kleinhandel auswirken, kann man sich an Hand dieser Zahlen leicht eine Vorstellung davon machen, wohin die Steuerung noch treiben wird, wenn die Währung nicht bald stabilisiert wird.

Genossenschaftliches.

Der Bestand der Konsumgenossenschaften eine Frage der Arbeiterschaft. Jeder erfahrene Genossenschaftler weiß es, daß die Konsumgenossenschaften als gemeinnützige Unternehmungen der minderbemittelten Verbraucher seit langem den Privathandel in der willkürlichen Preisbildung behindert haben. Die Konsumgenossenschaften haben seit den Jahren ihres beispiellos großartigen Aufschwunges preisbildend nach unten gewirkt. Sie haben sich im einzelnen und mit ihrer Zentralorganisation der Eigenproduktion auf manchen Gebieten zugewandt und damit der unbeschränkten Herrschaft des Privatkapitals einen Damm entgegengekehrt. So sind die gemeinnützigen Konsumgenossenschaften bereits zu einem wirtschaftlichen Machtfaktor herangewachsen, der in immer stärkerem Maße, aber vergeblich, von seinen kapitalistischen Gegnern beneidet und bekämpft worden ist. Nun aber türmen Geldnot und Teuerung die Gefahr, die auch den genossenschaftlichen Unternehmungen droht. Die bisher zum Einkauf der Warenbestände und zur Wirtschaftsführung von den Konsumvereinen verwendeten Betriebsmittel sind bei der ungeheuerlichen Entwertung des deutschen Geldes, bei dem hohen Stande der ausländischen Zahlungsmittel völlig ungenügend geworden. Schon haben die Konsumgenossenschaften zum Teil bei

teuerstem Waren- und Rohstoffeinkauf und nicht entsprechend hohen Abgabepreisen an ihre Mitglieder von ihrem festen Bestände, von ihrer Substanz zusehen müssen.

Was folgt aus dem etwaigen Untergange der Konsumgenossenschaftsbewegung? Die Verbraucher würden vollends der Ausbeutung des dollarkräftigen Privathandels überantwortet werden, deuthungrige Kapitalbesitzer, verdinglicherte Schieberrenten würden ganz und gar das Feld der Bedarfsversorgung beherrschen.

Darum muß jetzt Widerstand geleistet werden. Darum sollen und müssen die Konsumgenossenschaften leben und segensbringend für die Zukunft sein. Die Erkenntnis schafft sich Bahn, daß zur Rettung der Konsumgenossenschaftsbewegung alle erforderlichen Maßnahmen mit höchster Kraftanstrengung durchzuführen werden müssen.

Bewerbe und soziale Hygiene.

Arbeitshygiene und Profit. Daß sich die Arbeitshygiene auf einer ganz andern Höhe befinden könnte, als es der Fall ist, ist recht deutlich aus einem Bericht in der „Sozialen Praxis“ zu entnehmen. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß die Respiratoren und Schutzmasken stets ein Schmerzenskind der Gewerbehgiene gewesen sind.

Vom Ausland.

Sieg der Schweizer Arbeiter über die Reaktion. Bei der kürzlich vorgenommenen Volksabstimmung wurde die sogenannte Lex Häberlin, die eine Abänderung des Bundesstrafrechtes in bezug auf Verbrechen gegen die verfassungsmäßige Ordnung und die innere Sicherheit bezweckte, mit 374 000 gegen 300 000 Stimmen verworfen.

Das Ergebnis der Volksabstimmung aber ist ohne Zweifel ein Beweis dafür, daß die Einigkeit der proletarischen Parteien von links bis rechts des Bürgerturns mächtiger und die bisher unermesslichen proletarischen Schichten zum Klassenbewußtsein erwecken kann.

England. In welchem Maße die Unterdrückung der Arbeiter die Mittel der Gewerkschaften in Anspruch nahm, dafür gibt ein Mitglied der Arbeiterpartei im englischen Parlament ein anschauliches Bild.

unfähigen Mitgliedern eine Rente von 5 bis 7 1/2 Schilling pro Woche. Wenn ein Mitglied durch Unfall arbeitsunfähig wurde, bekam es 100 Pfund. Im Todesfall erhielten die Hinterbliebenen 20 bis 30 Pfund.

Literarisches.

Gemeindepolitik. Erläuterungen zum Görtlicher Programm. Von Paul Girsch, Berlin 1922. J. G. W. Dieß Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin. (Preis 7,50 M.) Der bekannte Genosse Paul Girsch gestaltet in diesem Schriftchen die in Görtlich beschlossenen kommunalpolitischen Leitätze zu einem wegweisenden kommunalpolitischen Programm aus.

Die Wirtschaftsrücklage. Der Kulturfonds der Familienwirtschaft. Von Bruno Jählich, Gera. Verlag: Thüringer Verlagsanstalt G. m. b. H., Jena. Der bekannte Verfasser entwickelt in der Broschüre ein Problem, das besondere Beachtung verdient.

Miffelsen: Ein arktischer Robinson. 160 Seiten Text, 25 Abbildungen und 2 Karten. Prochhaus, Leipzig. Gebunden 200 M., Leinwand 280 M. Es ist sehr zu begrüßen, daß das prächtige Buch Miffelsens, das kurz vor dem Weltkrieg erschienen war, nun von seinem Verleger Prochhaus in einer billigen Volksausgabe weiten Kreisen zugänglich gemacht wird.

Dr. D. Hauser: Die Urentwicklung der Menschheit. Der Aufstieg der ältesten Kultur. Urwelttiere. Gebräuche der Urzeit. Vier Schriften für die proletarische Jugend. Verlag: Buchhandlung „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin SW 61, Urbanstr. 7.

Vereinstell.

Der Verbandsbeirat hat in seiner Sitzung vom 13. und 14. Oktober einen fünften Nachtrag zum Verbandsstatut beschlossen, der verschiedene Abänderungen der bisherigen Bestimmungen über die Beiträge und Unterstützungen enthält.

nun unbedingt nachkommen müssen. In andern Verbänden, vor allem dem Bauarbeiterverband, steigen die Beiträge fast automatisch ohne weiteres — von der entsprechenden Woche an — mit den erhöhten Löhnen.

Der „Vereins-Anzeiger“ wird von Nummer 44 an den größten Filialen wegen Postersparnisse durch Sammelüberweisung zugesandt; bis dahin zum großen Teil in Rollen. Wir bitten, etwa in der Uebergangszeit eintretend, Verzögerungen oder Unannehmlichkeiten mit dieser Neuerung zu entschuldigen, besondere Fälle uns aber sofort zu melden.

Wir ersuchen dringend, bei den ungeheuer gestiegenen und fast täglich weiter steigenden Papier- und Druckpreisen nur so viel „Vereins-Anzeiger“ zu bestellen, als dringend gebraucht werden. Bei geringer werdendem Bedarf ist sofort Meldung zu machen.

Leider hat ein Teil unserer Mitglieder die im Juni ausgedruckten 4 Extrabeiträge noch nicht oder noch nicht vollständig bezahlt. Wir machen darauf aufmerksam, daß die fehlenden Marken beim Bezug von Unterstützungen abzugreifen und nachzuliefern sind.

Der Vorstand ist noch im Besitze eines Postens Kalifornierfutterale für Mitgliedsbücher. Sie können zum Preise von 2 M. das Stück abgegeben werden.

Dringend ersuchen wir um recht baldige Zurücksendung in den Filialen nicht mehr gebrauchter Beitragsmarken. Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Reichenbach i. G. Am 3. Oktober starb unser alter, treuer Kollege Moritz Hanft, der Gründer unserer Zahlstelle, im 68. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken!

Anzeigen

Abend- und Sonntags-Kurse f. n. Holz- u. Marmorarbeiten etc. Fr. Popp, Hamburg-Eppendorf, Regelföhrstr. 27, Optv. Wilh. L. Walter & Co. Seife, Lacke, Farben. Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer. Hamburg, Alst. Steinweg 40. Geschäftszeit von 8 1/2 bis 6 Uhr.

Jeder Kollege bestelle sofort einen Probekorb „Der Dekorationsmaler“ 3 frühere Hefte mit 12 feinsten Farbtafeln. Preis 40 M. bei Voreinsendung des Betrages. Quellen-Verlag, Mühleng. Pasing, Nippingerstr. 2.

Malerschule Buxtehude. Größte und Älteste Fachschule für Dekorationsmaler. Letzte Frequenz 288 Schüler, 24 Meisterprüfungen. Zahl. Gold-Medallen u. Ehrenpreise Silberne Staatsmedaille 1904. Wintersemester 1922/23: 1. Oktober bis 31. März. Meisterkurse. Akademiakurse. Sonderkurse. Gegründet 1877. Eintritt jederzeit. Prosp. d. die Direktion.

Holz- u. Marmorimitation am 1. November 1922. Fr. Weyershanien & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19. Man verlange Prospekt!

Neu aufgenommenes Lehrfach: Theatermalerei (auch f. Saal Bühnen) im Mecklenburgisch-Maler-Technikum Schwerin i. M. 5. Wintersemester 1922/23: 1. Oktober bis 31. März (Eintritt jederzeit). Theoretische und prakt. Ausbildung. Prakt. Bühnenstudium im Landestheater. Viele Vorzüge in den bewährten Monats-Sonderkursen der Holz-, Marmor-, Schriften- u. Dekor.-Malerei. Mäßiges Schulgeld. Günstige Wohn- u. Verpflegungsverhältnisse. Näh. Auskunft u. ausführl. Lehrplan kostenlos durch d. Direktion.

Arbeitslose oder eine selbständige Existenz Suchende, die mit leichter Mühe zu Hause vom Tisch aus wöchentlich 800 bis 1000 M. verdienen wollen, lassen sich sofort meine schon von Tausenden Kameraden mit Erfolg benutzten Buchstaben-Papier zur Anfertigung von Brillant-Glasplattmalereien sowie zur Herstellung von Plakat- und Schildermalereien aller Art zufinden.

Die Woche vom 23. Oktober bis 28. Oktober 1922 ist die 43. Beitragswoche.